

Die Ameise

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Der Zeitungspreis für Abonnenten beträgt für In- und Ausland pro Vierteljahr 120,- Mark. Redaktion, Expedition und Verlag: Charlottenburg, Rosinenstr. 4.

Immer strebe zum Ganzen und laßst Du selber kein Ganzes werden
***** Als dienendes Glied schließ an ein Ganzes Dich an *****

„Die Ameise“ erscheint jeden Samstag.

Inserate: Die 3spaltige Zeitspalte für Geschäftsleute 30,- Mark, im Arbeitsmarkt 20,- Mark. Für arbeitssuchende Mitglieder ist der Arbeitsmarkt nach wie vor frei.

Der Weltfriedenskongress im Haag.

Von E. J. Reipart.

Auch wer sich von allen Ueberschwenglichkeiten freihält, wird doch anerkennen müssen, daß der Kongress im Haag eine große Demonstration für den Friedensgedanken gewesen ist. Das gilt in erster Linie für den äußerlichen Eindruck, den sein Verlauf gemacht hat, aber auch für den Inhalt der meisten Reden, die gehalten wurden. Für einen internationalen Kongress mit einer so großen Teilnehmerzahl ist der ruhige und geordnete Verlauf des Kongresses geradezu glänzend gewesen. Da war wohl keiner unter den rund 600 Männern und Frauen aus allen Ländern Europas, der nicht von heiligem Ernst für den Friedensgedanken und von tiefstem Abscheu gegen den Krieg erfüllt und deshalb aus voller Ueberzeugung bestrebt war, sein Bestes zu einem Gelingen dieses Kongresses beizutragen. Die Arbeitervertreter, die durch ihre große Uebersahl den Kongress beherrschten, waren in ihrem Auftreten bestimmt durch die furchtbaren Folgen, die der Weltkrieg gerade für die Arbeiterklasse in allen Ländern gezeitigt hat. Diese Folgen sind so unfähig traurig, daß es keinen Arbeitervertreter geben kann, der nicht aus tiefer Seele und mit entschlossenem Willen in den Ruf: „Nie wieder Krieg!“ einstimmen möchte.

Auf der anderen Seite sahen die zahlreichen Vertreter der europäischen Friedensgesellschaften, unter denen das ergraute Alter zu überwiegen schien, gewissermaßen die Früchte ihres Lebenskampfes auf diesem Kongress reifen. Ohne die Arbeiter sei der Kampf der Pazifisten aussichtslos gewesen, nun aber werde es zusammen mit den Arbeitern, mit ihren mächtvollen Gewerkschaften sicher gelingen, den Frieden der Welt gegen alle Kriegsgefahren zu sichern.

Ohne jede Einschränkung stellten sich die bürgerlichen Pazifistenvertreter, die in bevorzugtem Maße zum Wort kamen, auf den Boden der Beschlüsse des Internationalen Gewerkschaftskongresses von Rom. Es sei nicht wahr, führte der deutsche Professor Luidde gegen den Russen Madel aus, daß der Generallstreik zur Verhinderung neuer Kriege die soziale Revolution sei und die Verneinung der Vaterlandsverteidigung bedeute. Der Generallstreik in diesem Falle bedeute vielmehr die Rettung des Vaterlandes und sei deshalb eine Notwendigkeit und eine sittliche Pflicht.

Daß die kommunistischen Vertreter aus Rußland, die auf eine an die Landeszentrale der russischen Gewerkschaften gerichtete Einladung an dem Kongress teilnahmen, diese Gelegenheit benutzen würden, wieder als Apostel des Einigungsgedankens unter der Arbeiterschaft aufzutreten, war vorauszu sehen. Sie redeten nacheinander wie unschuldige Lämmer, aber die ganze Welt kennt sie als die Wölfe, die sie in Wirklichkeit sind. So war es ein aussichtsloses Beginnen für sie, mit ihren Reden Eindruck auf den Kongress zu machen. Sie gaben aber durch ihre Reden die Veranlassung dazu, daß ihnen von mehreren Seiten, besonders von den Franzosen Dumoulin und Grumbach, sowie von dem Russen Abramowitsch, ein Spiegel ihrer eigenen Handlungen vorgehalten wurde, der das direkte Gegenteil von dem ehrlichen Streben nach der Einheitsfront des Proletariats zeigte. Die durch die kurze Redezeit etwas beschränkten Ausführungen Abramowitsch' waren trotzdem eine ebenso wichtige wie vernichtende Anklage gegen das jetzige russische Regierungssystem, der der ganze Kongress durch demonstrativen Beifall beitrug.

Jedoch in einem Punkt hatte Madel recht, als er nämlich darauf hinwies, daß es unzulänglich sei, nur von der Verhinderung neuer Kriege in der Zukunft zu sprechen, während doch gleichzeitig mit dem Kongress auf den Regierungskonferenzen in London und Lausanne über die militärische Vergewaltigung Deutschlands und der Türkei beraten und beschlossen werde. Es hätte allerdings dieser Mahnung von kommunistischer Seite nicht bedurft, denn die Vertreter der Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Parteien von Frankreich, Belgien und England haben von der ersten Stunde an keinen Zweifel darüber gelassen, daß sie das Vorgehen ihrer Regierungen ablehnen und nach Kräften bekämpfen wollen. Eindringlich und überzeugend haben die beiden deutschen Redner, Grafmann für die Gewerkschaftler und Wels für die Sozialdemokratische Partei, die Unhaltbarkeit der Lage in Deutschland unter den unheilvollen Wirkungen des Versailler Friedensdiktates geschildert, die nicht in Deutschland allein, sondern auch in den übrigen Ländern für die Arbeiterklasse unerträglich geworden seien. Nicht als Hilfsuchende und Bittende brauchten deshalb die deutschen Arbeiter aufzutreten, sondern als Verbündete der internationalen Arbeiterbewegung im Kampfe gegen den jetzigen Weltfrieden, der in Wahrheit überhaupt kein Frieden sei, sondern nur die Fortführung des Krieges mit noch schrecklicheren Mitteln, als es die blutigen Waffen waren.

Daß Deutschland die übernommenen Reparationsverpflichtungen nach Kräften erfüllen müsse, wurde auch auf

diesem Kongress von Wandervelde und anderen betont. Aber doch nicht in dem Sinne der französischen Gewaltpolitiker, die die Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft erst erschöpfen sehen, wenn sie völlig ausgezehrt und vernichtet am Boden liegt. Der Beschung des Ruhrgebietes, der Verflattung der deutschen Arbeiter setzte auch Wandervelde, bekanntlich einer der Väter des Versailler Diktates, ein dreimaliges donnerndes Nein entgegen.

Besonders erfreut über das jetzige Vorgehen der internationalen Gewerkschaftsbewegung gegen den Krieg äußerte sich Friedrich Adler. Der Generallstreikbeschuß des Kongresses von Rom sei eine geschichtliche Tat, aber doch erst der Anfang einer Lösung des schwierigen Problems. Er erntierte an den Satz in den Resolutionen der Internationalen Sozialistenkongresse von Stuttgart 1907 und Kopenhagen 1910, in dem es heißt: „falls dennoch ein Krieg ausbricht“. Was soll alsdann geschehen?

Diese Frage stellt allerdings das Problem der Kriegsberuhigung durch den Generallstreik erst in seiner ganzen Schwierigkeit auf. Ist die gewerkschaftliche und die politische Arbeiterbewegung in allen Ländern hierfür stark genug?

Das Proletariat ist nicht unterdrückt, weil seine Unterdrücker es beschimpfen und ihm mißtrauen, sondern weil es sich selbst beschimpft und kein Vertrauen zu sich selbst hat. Bernhard Shaw.

Das Vertrauen auf die eigene Sache sollten sich die Arbeiter selbst aneignen lassen. Man sollte sich sehr hüten, die Tätigkeit von Gewerkschaft und Partei gering zu schätzen. An der politischen Unreife der Volksmassen, daß bei den Wahlen noch nicht einmal die Hälfte der Bevölkerung sozialistisch wählt, waren gewiß nicht die Organisationen schuld. Die politische Unreife führte zur politischen Machtlosigkeit. Unter dem politischen Wirrwarr, Zwist und Kräftezerfall war es, praktisch gesehen, die Gewerkschaft ganz allein, die noch positiv für den Arbeiter schaffen und wirken und sichtbar etwas erreichen konnte. Es liegt ein großes Stück Arbeit darin, in beharrlichen Kämpfen immer und immer wieder zu versuchen, das ärgste Elend abzuwenden. Diese Kämpfe kann die Arbeiterklasse nicht entbehren. Sie muß aber weiter gehen und versuchen, auch politisch den Wahn zu brechen, der weite Kreise der Arbeiter noch gefangen hält. Stärkt das Vertrauen in die eigene Sache, sorgt für Geschlossenheit! Weichte mit den Faghaften, den Miesmachern, den ewig Klengstlichen! Mit Selbstvertrauen, Mut und Energie, durch unermüdbare Arbeit an sich selbst wird die Arbeiterklasse endlich sich durchsetzen können!

Wird sie auf die Arbeitermassen den Einfluß haben, der nötig ist, um durch plötzliche Arbeitsverweigerung die Militärtransporte, die Waffen- und Munitionsherstellung zu verhindern?

Der Militarismus und die kapitalistischen Regierungen werden im Ernstfalle sich der Generallstreikdrohung nicht mit verschränkten Armen tatenlos gegenüberstellen. Abgesehen von den ihnen verfügbaren Mitteln der militärischen Gewalt, werden sie wieder wie 1914 und in allen früheren Fällen ihren großen Einfluß auf die öffentliche Meinung, auf die Presse auszuüben. Wir haben ja nur zu deutlich noch in Erinnerung, wie durch absichtlich falsche Nachrichten über Vorgänge im Ausland die öffentliche Meinung in allen am Krieg beteiligten Ländern irreführt worden ist. Die sofort eintretende Grenzsperr macht jede direkte Benachrichtigung und Verständigung unmöglich. Auf beiden Seiten der Grenze wird man die Arbeiterschaft des eigenen Landes von der Anwendung des Generallstreiks dadurch abzuhalten suchen, daß man ihr berichtet, die Arbeiter des anderen Landes dächten nicht im geringsten daran, ihr Land und Volk durch Streik in die höchste Gefahr zu bringen.

Auch die von Wandervelde aufgeworfene Frage des legalen Rechts zur Landesverteidigung gegen feindliche Invasion fällt in dieses Gebiet. Verschiedene Redner im Haag haben diese Frage grundsätzlich abgelehnt, weil die Unterscheidung zwischen Angriffskrieg und Verteidigungskrieg die ganze Propaganda gegen den Krieg von vornherein lahmlegen würde. Denn noch in jedem Kriege sei mit dem Vorgehen der Vaterlandsverteidigung Mißbrauch getrieben worden. Das ist gewiß richtig, aber das berechtigte Vaterlandsgedühl wird trotzdem auch in Zukunft vorhanden sein und bei der Anwendung des Generallstreiks als Mittel zur Kriegsberuhigung eine Rolle spielen. Vorläufig wird man sich mit der Antwort einverstanden erklären können, die Jouhaug im Auftrage des Bureaus des Internationalen Gewerkschaftsbundes auf Wanderveldes Frage gegeben hat. Er sagte, die Forderungen der Gewerkschaften gingen dahin, daß in allen Streitigkeiten zwischen den Völkern jede Gewaltanwendung abzulehnen sei. Nicht die Gewalt, sondern allein das Recht dürfe entscheiden und das Recht müsse durch einen wirklichen Völkerverbund jedem Lande garantiert sein.

Es wird Aufgabe der Gewerkschaften und der gesamten Arbeiterbewegung jedes Landes sein, an der Klärung des Problems weiterzuarbeiten. Denn darin hat Friedrich Adler durchaus recht, daß mit dem Generallstreikbeschuß von Rom die ganze Lösung noch nicht gefunden ist. Die große moralische Bedeutung dieses Beschlusses ist jedoch unzweifelhaft; sie ist durch den Kongress im Haag noch beträchtlich gesteigert worden. In der internationalen Arbeiterbewegung wird der Ruf „Nie wieder Krieg“ nicht mehr verstummen. Zu hoffen bleibt jetzt nur, daß auch das Bürgertum, die Presse, die Parlamentarier, die Schulen, die Erzieher, Gelehrten und Künstler in allen Ländern dauernd und mit ehrlichem Willen sich der Propaganda für den wahren Friedensgedanken anschließen.

(„Korrespondenzblatt des ADGB“, Nr. 51.)

Wirtschaftspolitische Mundschau.

Jahresrückblick.

So hart der Druck war, der infolge der geringen Einfuhr an Lebensmitteln und des Rückganges der landwirtschaftlichen Produktion auf der Lebenshaltung der Winderbemittelten lastete, eine Erleichterung schuf die überaus rego Beschäftigung in Industrie und Handel. Noch im Januar 1922 meldeten sich bei den Arbeitsnachweisen auf 100 offene Stellen 182 männliche und 99 weibliche Personen. Der Tiefstand wurde erreicht im Juni mit 109 männlichen und 91 weiblichen Bewerberinnen, wogegen im Oktober die Ziffer wieder angestiegen war auf 144 resp. 125. Noch stärker zeigt sich der gute Beschäftigungsgrad an der Zahl der Empfänger für Erwerbslosenunterstützung. Hier fiel die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger von 165 248 im Januar auf 23 922 Mitte November. Eine so geringe Zahl der Arbeitslosen war selbst in Jahren sehr guter Konjunktur nicht zu verzeichnen, und somit milderte sich die Notlage, die ins Unentgeltliche gestiegen wäre, wenn das Erwerbsleben Stodungen gezeigt hätte.

Bei einer solchen Geschäftskonjunktur schossen die Aktiengesellschaften wie Pilze aus der Erde. In den ersten drei Quartalen des Jahres 1922 wurden 4073 neue Gesellschaften gegründet, einschließlich der G. m. H., die insgesamt ein Kapital von 3750,9 Millionen Mark beanspruchten. Daneben trat auf dem Kapitalmarkt noch eine Anforderung von 10 233,2 Millionen Mark für die Erhöhung des Aktienkapitals hervor, die zum Teil eine künstliche Aufblasung des Aktienkapitals bezweckte. Den Aktionären wurde durch günstige Bezugsrechte für die Erwerbung neuer Aktien eine weniger sichtbare Revenue zugewandt, die außerdem den Prozentsatz der ausgeworfenen Zinsen verkleinerte, ohne Schaden für den Besitzer der Aktien.

Vergleicht man diesen Kapitalbedarf mit dem der Vorkriegszeit, so ergibt sich, daß im Januar 1922, im Vergleich zu demselben Monat des Jahres 1913, der Kapitalbedarf um das 79fache gesteigert war, woraus in den dann folgenden Monaten des Jahres 1922 ein Abflauen folgte, bis im Oktober immer noch das 55,2fache gegenüber 1913 erreicht wurde.

Gewiß, es sind Papiermark; aber die ganze Transaktion zeigt doch, daß das Privatkapital in Industrie und Handel es verstanden hat, sich aus der Inflation unserer Zahlungsmittel in Sicherheit zu bringen. Die Erklärung, daß ja ihre Aktien seinerzeit in Gold gezahlt wurden und die Aktionäre heute keinen gleichwertigen Besitz in Händen haben, ist durchaus irreführend. Zunächst haben die Aktionäre nicht nur die Zinsen erhalten, sondern in anderer Form, durch Gewährung eines Bonus, eine Extrabergütung erhalten, der sich dann noch einige weit unter dem Kurswert stehende Aktien zugesellen. Hat aber der Aktionär seinen Besitz erhöht, was in der Regel geschieht, so ist ihm weiter ein erheblich höherer Kurswert zugefallen. Legt er den hieraus gewonnenen Kapitalzuwachs wieder in neuen Aktien an, und wiederholt er recht oft diese Manipulation, so wächst sein Vermögen zu einer recht ansehnlichen Höhe, wobei ihm das Fallen der Mark nicht mehr die große Sorge bereitet, wie z. B. demjenigen, der in bedächtiger Sicherheit sein Geld in Staats- oder Stadtanleihen anlegte, um eine sichere kleine Rente zu haben, wobei er aber zu seinem Schrecken wahrnehmen muß, daß in diesen Papieren der Wörfenkurs keine Venderungen vornimmt und die Zinsrate auch nicht höher wird. Außerdem bleibt auch der Goldwert der Industriepapiere immer erhalten, denn die Werte von Grundstücken, Maschinen und anderen Produktionsmitteln bleiben stabil, wenn auch die Mark fällt.

Welche Kursentwicklung die Börse für Industriepapiere aufweist, darüber folgendes: Seit man den Kurs der Industriepapiere 1913 mit 100 an, so steigt der Index im Januar 1922 auf 600 und gelangt im November auf 3026. Allem voran die Schwerindustrie und der Bergbau; hier steigt der Index von 708 auf 5544, bei der bearbeiteten-

Die Transportlöhne der Arbeiter sind Fälschungen, hinter denen nackte Profitinteressen stehen. Die Arbeiterchaft hat alle Ursache, sich nicht täuschen zu lassen und das falsche Spiel der Arbeitgeber rechtzeitig zu erkennen. Wenn nicht energische Schritte von der anderen Seite zur Einhaltung der Preiswelle geschehen, muß die Arbeiterchaft verlangen, daß in gewissen Zeitabständen die Löhne richtiggestellt werden.

Löhne unterm Existenzminimum.

Am November 1922 verdienten nach Dr. Stuczynski die Buchdrucker 40 Proz. des Existenzminimums einer vierköpfigen Familie, die Maurer und Zimmerer 51 Proz., die Kantangestellten 72 bis 75 Proz. Von der Vorkriegszeit bis zum November 1922 ist das Realeinkommen gesunken: für die Maurer und Zimmerer auf 34 Proz., für die Buchdrucker auf 21 Proz., für die Kantangestellten auf 50 Proz., für die Kantangestellten für einfachere Arbeiten auf 36 Proz., für die Kantangestellten für schwierigere Arbeiten auf 33 Proz.

Bei den übrigen Arbeitergruppen wird das Verhältnis vom Lohn und Existenzminimum ähnlich sein. Trotzdem wagen die Unternehmer, ihren Beschäftigten keine Lohnzulagen mehr zu gewähren. Der Schaden macht sich fühlbar in der Arbeitsleistung bemerkbar, weil die Arbeitenden sich nicht genügend kräftigen können. Es kommt immer mehr zum Ausdruck, daß nur das arbeitende Volk Gut und Mut opfern muß, während eine kleine besitzende Schicht die Gewinne einheimst.

Allgemeinverbindlich erklärt.

Da die bereits erschienene Notiz in Nr. 52 der „Ameise“ verstümmelt war, bringen wir sie nochmals zum Ausdruck.

Auf Verfügung des Herrn Präsidenten der Reichsarbeitsverwaltung ist unter dem 27. November 1922 die anliegende Verfügung auf Blatt 4834, I. B. Nr. 10, in Fortsetzung von Blatt 4606 des Tarifregisters eingetragen worden.

Die nachstehende tarifliche Vereinbarung wird für den angegebenen Geltungsbereich gemäß § 2 der Verordnung vom 23. Dezember 1918 (Reichsgesetzblatt S. 1456) für allgemeinverbindlich erklärt: 1. Vertragsparteien a) auf der Arbeitgeberseite: Arbeitgeberverband der deutschen feinkeramischen Industrie, b) auf der Arbeitnehmerseite: Verband der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands, zugleich namens der am Tarif beteiligten herstellenden Gewerkschaften, Berufsverband deutscher Keramikarbeiter, Verband deutscher Gewerkschafter. 2. Abgeschlossen am 29. September 1922 (Lohnabkommen) Nachtrag zum allgemeinverbindlichen Reichstarifverträge vom 1. Oktober 1921. 3. Beruflicher Geltungsbereich der allgemeinen Verbindlichkeit: Gewerbliche Arbeiter in der Porzellan-, Steingut-, Steinzeug- und Steinzeugwarenindustrie mit der Ausnahme der Betriebe der dem Verbande Berliner Metallindustrieller angeschlossener Firmen. 4. Räumlicher Geltungsbereich: Gebiet des Deutschen Reichs. Sie erstreckt sich nicht auf die Steingutfabrik Wittenburg A.-G. in Frage. Die Ausdehnung hierauf bleibt vorbehalten. Die allgemeine Verbindlichkeit beginnt mit Wirkung vom 24. September 1922.

Gewerkschaftliches.

Zublässe. Der „Korrespondent“, das Organ für Deutschlands freigeordnete Druckerei und Schriftgießerei, ist das älteste jetzt erscheinende deutsche Arbeiterblatt. Es ist 60 Jahre alt. Zum erstenmal erschien der „Korrespondent“ am 1. Januar 1863 in Leipzig, das auch heute noch Erscheinungsort ist. Er wird in eigener Druckerei in einer Auflage von 59.800 hergestellt. — Die „Allgemeine Steinleger-Revue“ kann auf 90 Jahre ihres Bestehens zurückblicken. Ihr erster Geburtsstag war der 8. Januar 1893. Als Vorläufer ging ihr der „Deutsche Steinleger“ voraus. Das Blatt erscheint vierzehntägig in Berlin.

Der Deutsche Verkehrsband. Der Transportarbeiterverband hat ab 1. Januar 1923 den Namen „Deutscher Verkehrsband“ angenommen. Er will damit den Weg zu der großen Organisation der Verkehrsarbeiter freimachen. Sein Ziel ist in den Satzungen folgendermaßen festgelegt:

„Der Deutsche Verkehrsband ist die gewerkschaftliche Organisation für das in den Transport- und Verkehrsbetrieben bzw. Verwaltungen des Reichs, der Länder, Provinzen, Gemeinverbände und Gemeinden sowie in den privaten Handels-, Transport- und Verkehrsbetrieben industrieller Unternehmungen beschäftigte Personal, soweit nicht nach den Satzungen und Beschlüssen des DGB oder besonderen Abmachungen andere Organisationen zuständig sind.“ Der Organisation ist in ihrem Bestreben der beste Erfolg zu wünschen.

Vermischtes.

Die Erwerbslosenunterstützung.

Der Vorstand des DGB hat sich erneut an das Reichsarbeits- und das Reichsfinanzministerium gewandt mit dem Verlangen, die Höhe der Erwerbslosenunterstützung, über deren Erhöhung am 21. Dezember der Reichsrat entscheiden sollte, nunmehr auch wirklich entsprechend der Geldentwertung zu erhöhen. Die Erhöhung vom 20. November war bereits beim Inkrafttreten überholt. Inzwischen hat sich die Kaufkraft des Gelds weiter katastrophal gesenkt. Es ist zu fürchten, daß der Reichsrat auch jetzt wieder mit den neuen Sätzen hinter den tatsächlichen Verhältnissen zurückbleibt. Darum die dringliche Aufforderung des DGB an die Reichsregierung nach einer genügend hohen Bemessung der Unterstützungssätze.

Ein 20-Markstück = 26.000 Mark. Der Ankauf von Gold für das Reich durch die Reichsbank und Post erfolgt in der Woche vom 8. bis 14. Januar zum Preise von 26.000 Mk. für ein 20-Markstück, 13.000 Mk. für ein 10-Markstück. Für ausländische Goldmünzen werden entsprechende Preise gezahlt. Der Ankauf von Reichsilbermünzen durch die Reichsbank und Post erfolgt unverändert bis auf weiteres zum 60fachen Betrage des Nennwertes. — Wollte ein Arbeiter sein Leben so gestalten, wie in normalen Zeiten, müßte der sonstige 20jährige Arbeiter der feinkeramischen Industrie mindestens 26.000 Mk. Durchschnittslohn haben. Er und seine sonstigen Kollegen stehen weit darunter.

Von der Keramikindustrie.

Kahla-Konzern. Durch den Abschluß des Interessengemeinschaftsvertrages zwischen der S. Schomburg & Söhne A.-G. in Margarethenhütte mit der Porzellanfabrik A.-G. Kahla ist das Geschäftsjahr mit dem 31. Dezember abzuschließen gewesen und das diesjährige vom 1. Januar bis 31. Dezember 1922 festgelegt worden. — Die ordentliche Generalversammlung der Tonwarenfabrik A.-G. Schwanau in Schwanau legte die Dividende auf 10 Proz. (20) auf das erhöhte Aktienkapital fest. Im neuen Geschäftsjahr waren die Abfahrtsverhältnisse befriedigend. Durch den Abschluß des Interessengemeinschaftsvertrages der S. Schomburg & Söhne A.-G. in Margarethenhütte mit der Porzellanfabrik A.-G. Kahla, die Tonwarenfabrik A.-G. Schwanau — da Schomburg Großaktionär von Schwanau war — in nahe Beziehungen zur Porzellanfabrik A.-G. Kahla getreten. Das letztgenannte Unternehmen hat im Wege des Aktienkaufs fast den gesamten Aktienbesitz der Tonwarenfabrik A.-G. Schwanau übernommen. Infolge der damit eingetretenen Veränderung im Aktienbesitz legte der gesamte Aufsichtsrat sein Mandat nieder. In den neuen Aufsichtsrat wurden gewählt: Geheimrat Kommerzienrat Heilmann (München), Bankdirektor Martin Schiff (Wantheus Kreschmar), Fabrikbesitzer Oskar Fisch (Köster Besra), Bankdirektor Richard

Friedrich (München), Bankdirektor Richard (Schomburg & Söhne), Kommerzienrat Friedr. Maula (München), Landesherz Dr. Walter Naumann (Münchberg), Direktor J. E. Schmidt (Hermstedt), Bankdirektor Ludwig Jandt (Meiningen), Generaldirektor Heinrich Hillmann (Kahla Porzellanfabrik Kahla) und Dr. Johann Böhm (Hermstedt).

Ein erträgliches Geschäft. Die Veltener Eisenfabrik A.-G. Richard Blumenfeld erhöhte ihr Aktienkapital auf 25 Millionen Mark durch Ausgabe von 15 Millionen Mark ab 1. Januar 1922 durch übergeben der Stammaktien. Von den neuen Aktien wird der Stammaktionäre auf 9,5 Millionen Mark ein Bezugsrecht in der Weise eingeräumt, daß auf je 6000 Mk. alte Aktien 6000 Mk. neue zu 100 Proz. (am 1. Januar 1923) stand eine Aktienmehrung auf 7500 bezogen werden können; jedoch werden 50 Proz. der Einzahlung durch die Gesellschaft aus einem besonderen Fonds gestellt. Das Geschäft steht demnach so aus: Hat ein Stammaktionär 6000 Mk. alte Aktien, so bekommt er dafür im Jahre 1922 für 6000 Mk. neue Aktien um 6000 Mk. Papiermark, wovon 3000 Mk. das Geschäft aus einem besonderen Fonds gibt, er selbst bezahlt nur 3000 Papiermark. Die 12.000 Mk. Stammaktien sind nun in diesem Jahre dividendenberechtigt. Angenommen, die Blumenfeld-Aktie hat einen Wert von 1000 Mk. Da sie mit 7500 Mk. am 1. Januar gehandelt wurde, hatten die 6000 Mk. Stammaktien in diesem Jahre einen Ertrag von 6000 Mk. neuen Stammaktien im Werte von 45.000 Papiermark und die Dividende von 12.000 Mk. Stamm-Aktien abzüglich der 3000 Mk. eingezahlten Papiermark. Mit diesem Verdienst können die Blumenfeld-Stammaktionäre wahrlich zufrieden sein. Aber auch die Vorzugs-Aktionäre sollen nicht zu kurz kommen. Ihnen wird auf 0,1 Million Mark neue Stamm-Aktien ein Bezugsrecht im Verhältnis von 5:1 zu 300 Proz. gewährt. Die verbleibenden 5,4 Millionen Mark neuen Stamm-Aktien werden durch ein Konsortium in nachstehender Weise verwendet: 2,4 Millionen Mark dienen zur freihändigen Verwertung im Interesse der Gesellschaft, 2,75 Millionen Mark werden zu 110 Proz. zur Verfügung der Verwaltung gehalten, die restlichen 0,25 Millionen Mark Aktien werden zu 300 Proz. an am Werk interessierte Personen gegeben, und zwar 160.000 Mk. an Vorstand und Beamte und je 15.000 Mk. an die Mitglieder des Aufsichtsrats. Für das jetzt zu Ende gehende Geschäftsjahr ist mit einem wesentlich besseren Resultat zu rechnen (i. B. 10 Proz. Dividende).

Organisation ist Leben!

Was nicht organisiert ist, ist im öffentlichen Leben so gut wie nicht vorhanden. Die billige Sympathie, die sich begnügt mit Weisheit in einer Versammlung und allgemeiner Gefühlsaufwallung, ist staatsbürgerlich betrachtet, außerordentlich wenig wert. Das Wort des Vortragenden verfallt, das Wort einer Schrift wird überhört von tausend Eindrücken des Alltags — nur der fest organisierte, der sich als lebendiges Glied eines kämpfenden Ganzen fühlt, wird zuletzt fähig, wirklich zu helfen! Doch was bedarf es der Worte! Wenn die ernste Zeit, in der wir leben, überhaupt eine Lehre deutlich gemacht hat, so ist es die vom entscheidenden Werte fester, planvoller Organisation. Adolf Damagale.

Preiserhöhung. Die Vereinigten Steingutfabriken, G. m. b. H., erhöhten ihre Preise mit Wirkung vom 1. Januar 1923 um etwa 20 Proz., und zwar kommen jetzt folgende Aufschläge zur Berechnung: Gruppe 1 19.800 Proz., Gold 22.500 Proz.; Gruppe 2 18.000 Proz. und Gold 20.000 Proz.

Die feinkeramische Industrie im Dezember. Der Verband keramischer Gewerke in Deutschland schreibt im „Berliner Tageblatt“: Die Schwierigkeiten in der Versorgung unserer Werke mit inländischen Rohlen sind im Monat Dezember erheblich gewachsen. Ebenso wird über die Versorgung mit inländischen Roh- und Hilfsstoffen, besonders Kaolin, geklagt. Bei dem schlechten Stande der Markt wird es immer schwerer, ausländische Roh- und Hilfsstoffe zu beziehen. In einer besonders schlechten Lage ist die bayerische Industrie, die mit Rohstoffen und Kaolin größtenteils auf die Tschechoslowakei angewiesen ist. Die Nachfrage nach feinkeramischen Artikeln sowohl von Inland als vom Ausland ging erheblich zurück. Besonders das Ausland hält sich bei der Erteilung von Aufträgen äußerst zurück. Es ist deshalb in verschiedenen Bezirken zu Betriebsbeschränkungen und Herabsetzung der Arbeitszeit gekommen. Die erhebliche Marktentwertung machte sowohl auf dem Inlande wie auf dem Auslandsmarkt Teuerungsaufschläge nötig. Es ist nicht zu verkennen, daß die notwendige dauernde Heraushebung der Preise eine gewisse Deumwertung des Marktes hervorruft. Es wurden dann auch verschiedene größere Geschäfte annulliert. Immerhin brachte das Weihnachtsgeschäft wenigstens eine kleine Belebung, so daß der Beschäftigungsgrad unserer Werke im allgemeinen zurzeit noch leidlich ist.

Aus unserem Beruf.

Berschieden. Im Bureau des Hauptvorstandes ist wieder eine Lücke entstanden. Am 22. Dezember 1922 verchied an den Folgen einer Operation der Kollege Max Korn im Alter von 61 Jahren. Korn trat am 6. Februar 1899 in den Verband ein. 1903, 1904 und 1909 war er Vorsitzender der Zählstelle Berlin. Im Jahre 1905 wurde er von der Generalversammlung als 2. Verbandsvorsitzender gewählt. Das ehrenvolle Amt hatte er bis zu seiner Anstellung im Hauptbureau am 1. September 1911 inne. Er lehnte infolge seiner Anstellung im gleichen Jahr seine Wiederwahl als 2. Vorsitzender ab. In den letzten Jahren verfiel der Verstorbenen, der vor seiner Anstellung schon einige Jahre als Schreibhilfe im Hauptbureau tätig war, die Expedition des Organs. Korn war früher ein sehr rühriger Kollege, konnte sich in der letzten Zeit wegen seines Leber- und Magenleidens nur noch wenig um unsere Bewegung kümmern. Die Kollegenschaft wird dem Dahingegangenen ein ehrendes Andenken bewahren.

Adressenänderung. Das Landesberufsamt Berlin gibt bekannt, daß es sich jetzt in der Landesbergerstr. 43/47 befindet. Als Fernruf gibt es an: Mag. 304 407/8 und Alexander 5085/88.

Arbeiterhilfe. Zur Unterstützung der Invaliden und Witwen des Porzellanarbeiterverbandes wurden in Waldenburg gesammelt im Betrieb von C. Tielisch 103.000 Mk., Krüsters Porzellanindustrie 77.280 Mk., Brause 10.327 Mk., Ohme 14.793 Mk. und Schachtel (Sophienau) 22.300 Mk. Die Gesamtsumme von 227.700 Mk. wurde zum größten Teil unter Invaliden und Witwen verteilt, die früher in den Porzellanfabriken beschäftigt waren.

Neue Porzellanfabrik. In der schönen Fränkischen Schweiz, im romantischen Städtchen Hiltboldstein, wird eine Porzellanfabrik entstehen. Unterm 12. Dezember 1922 wurde die handelsgerichtliche Eintragung auf die Firma Porzellanfabrik Friedrich Schwab, Hiltboldstein (Mittelfranken), vollzogen. In dem Werk sollen Gebrauchsge-

gen hergestellt werden. Der Gründer der neuen Anlage war früher Leiter der Porzellanfabriken Friedr. Schwab & Co., Gotha und Meiningen.

Bayreuth. Die Firma Porzellanfabrik Emil Schlegel, Bayreuth, möchte anscheinend in der Porzellanwelt „berühmt“ werden. Sie macht noch ihre Kinderkrankheiten durch, wobei die Beschäftigten allen Schaden tragen sollen. Schlegel junior und senior verstehen wenig von der Porzellan-herzeugung und dem Verkehr mit Arbeitern und Arbeiterinnen, sind aber desto mehr bestrebt, die Mängel durch das Herbeiführen ihres Nachstandpunktes zu verdecken. Um Arbeiterrechte kümmern sie sich nicht, ebensowenig um gesetzliche Vorschriften, wie sie mündlich zu verstehen gegeben haben. Im § 1 der Arbeitsordnung des genannten Betriebes heißt es: „Für das Arbeits- sowie Lohnverhältnis ist der Tarifvertrag maßgebend“. Es kann sich natürlich nur um den Tarifvertrag der feinkeramischen Industrie, der auch beim Streikschluß im September 1922 maßgebend war und anerkannt wurde, handeln. Trotz dieser Anerkennung verdienen gelehrte Akkordarbeiterinnen der Gießerei und Dreherei nicht einmal ihren Mindestlohn. Dabei müßten im Vergleich zu anderen Betrieben die Arbeiterinnen 25 Prozent über die Akkordbasis verdienen. Die Beschäftigten mußten daraufhin ihre fehlende Lohnsumme beim Gewerbegericht einklagen. Sie waren wochenlang auf Vorstoß angewiesen, der ihnen nur unzulänglich gewährt wurde. Ein Teil blieb in Schulen sitzen. Daraus entstand ein gespanntes Verhältnis, das bei irgendeiner Gelegenheit zum Ausbruch kommen wird. Arbeiterinnen, die lehrten, erhielten lange Zeit den 25prozentigen Ueberstundenzuschlag, weil sie eine Ueberstunde machten. Die letzten Wochen wurde er ihnen einfach entzogen. Lehnten sie wegen ungenügender Bezahlung das Lehren ab, drohte ihnen das Geschäft mit Kündigung. Ein diesbezüglicher Anschlag war nicht vom Betriebsrat gegengezeichnet. Das kimmerte Schlegel nicht. Er sei Herr im Hause, gab er zu verstehen. Drehereiarbeiterinnen bekamen monatelang ansichtslos ihre Bezahlung als Facharbeiterinnen; eines Tages wurde sie ihnen vorenthalten. Sie sollen nun mit der Bezahlung für „sonstige Arbeiter“ zufrieden sein.

Spricht eine Vertretung der Arbeitenden bei Schlegel vor, so wird alle Schuld den Beschäftigten aufgeschoben und die Leute als Faulenzer hingestellt. Zugeländnisse zu machen, fällt den Machthabern nicht ein. Daß die Gießereiarbeiterinnen die Akkordbasis nicht erreichen, daran sollen sie selbst schuld sein. Schlegel junior ist der Meinung: Wenn er ähnliche Preise wie in anderen Betrieben bezahlt, so müßten die Leute auf ihr Geld kommen. Dabei berücksichtigt er in keiner Weise die Unterschiede in den Arbeitsbedingungen und der Beschaffenheit des Materials. Er kann das auch kaum begreifen, da er keinerlei Fachkenntnis besitzt, und beharrt er starrköpfig auf seiner Meinung; mag daraus entstehen, was will. Neben diesen geschilderten Mißständen bestehen noch mehr, die für die Beschäftigten nachteilig sind und zu starker Mißstimmung beitragen. Die Geschäftsleitung tut nicht nur nichts zur Beilegung der Mißbilligkeiten, sondern weist ihre Angestellten noch zu schärferen Maßnahmen an, wodurch die Gerechtigkeit noch größer wird. Daß daraus ernsthaftige Streitigkeiten entstehen müssen, ist klar. In Anbetracht dieser Umstände warnen wir die Kollegen und Kolleginnen vor Arbeitsaufnahme bei der genannten Firma, damit sie vor Schaden bewahrt bleiben.

Dresden und Umgegend. Auf Grund des sächsischen Staatswirtschaftsgesetzes vom 31. 5. 1922 sind eine Anzahl von staatlichen Unternehmungen, darunter auch die Porzellanmanufaktur Meißen, in Zukunft nach kaufmännischen Grundsätzen zu verwalten. Den Leitungen dieser Betriebe sind Beiräte zur Seite gestellt, die aus 5 bis 7 Mitgliedern bestehen. Besteht dieser Beirat wie in der Manufaktur aus 7 Mitgliedern, dann wählt der Landtag aus seiner Mitte 3, die Arbeiterchaft des Betriebes 1 und die Beamten und Angestellten ebenfalls 1 Mitglied. Dazu kommen 2 vom zuständigen Ministerium ernannte Mitglieder und der ebenfalls vom Ministerium zu stellende Vorsitzende. Die von dem Betrieb zu wählenden 2 Beiratsmitglieder sind am 29. 12. gewählt worden. Die Gewählten gehören beide unserer Organisation an. Ueber die Aufgaben des Beirates sagt Abs. 2 des § 39 des Staatswirtschaftsgesetzes folgendes: Die Beiräte haben die Aufgabe, das Ministerium, zu dessen Geschäftsbereich die Unternehmungen gehören, bei deren Beaufsichtigung zu unterstützen. Sie haben im Einvernehmen mit dem Ministerium auf die höchste Wirtschaftlichkeit der Unternehmungen hinzuwirken; insbesondere haben sie dafür zu sorgen, daß die Leitung der Unternehmungen in den Händen von Personen von größter Leistungsfähigkeit liegt, und daß die Angestellten und Arbeiter der Unternehmungen nach Maßgabe des Betriebsratsgesetzes mit ihren Vorschlägen zur Verbesserung der Betriebe gehört werden. Sie können sich jederzeit über die geschäftlichen Angelegenheiten der Unternehmungen unterrichten und sich die im § 37, Abs. 1 unter a und b bezeichneten Unterlagen (Jahresberichte der Direktion, Bilanzen und die Gewinn- und Verlustrechnungen) alsbald nach ihrer Fertigstellung vorlegen lassen. Man merkt es diesen, den Beiratsmitgliedern gestellten Aufgaben an, daß bei der Mehrheit unserer sächsischen Kammer volles Verständnis für die derzeitigen wirtschaftlichen Nöte vorhanden ist. Wir haben aber die volle Zuversicht, daß unsere beiden gewählten Kollegen innerhalb des Beirates den Beweis erbringen werden, daß die Arbeiterchaft reif genug ist, um zur Mitverwaltung der Betriebe herangezogen werden zu können.

Hüttensteinach. Wie man in den Porzellanfabriken in Hüttensteinach mit den Arbeitern und Arbeiterinnen umspringt, möge nachstehendes illustrieren: Die Firma Smaire sucht Arbeiterinnen für die Druckerei. Der Obermaler ist beauftragt, Arbeiterinnen einzustellen. Es meldet sich auch ein Mädchen, das auch in der Druckerei beschäftigt wird. Doch kaum hatte die Eingestellte eine Stunde gearbeitet, da trat der Direktor Schneeweiß an sie heran und fuhr sie in barscher Tone an: „Wer hat Sie eingestellt?“

